

UMSCHAU

Die sowjetische Religionspolitik

Zwischen Pragmatismus und Ideologie

„Über die Fanatiker des Atheismus und die Gewissensfreiheit“ hat der sowjetische Jurist W. Kalinin seinen Artikel in der „Iswestija“ (5. März 1991) überschrieben. Er beginnt mit einem Rückblick: „Meine Altersgenossen können sich an das Lied mit dem kühnen Aufruf erinnern: ‚Kirchen und Gefängnisse machen wir dem Erdboden gleich.‘ Das Lied ist nicht in Erfüllung gegangen, die auf die Gefängnisse bezogenen Hoffnungen haben sich nicht verwirklicht. Das Gegenteil trat ein: Viele Lagerbaracken mußten sowohl im Norden wie in Sibirien und darüber hinaus gebaut werden. Nur das Taganka-Gefängnis in Moskau wurde geschlossen. Was die Kirchen betrifft, so wurden Tausende Gotteshäuser und Klöster zerstört, wie das Lied es gefordert hatte. Eine in der Geschichte seltene Verwandlung trat ein: Aus Klöstern und Gotteshäusern wurden Arbeitskolonien und Gefängnisse. Und es geschah, daß Gottesdiener zusammen mit ihren Gläubigen dort ihr schweres Kreuz in den Jahren der Willkür und Unterdrückung tragen mußten. Wir werden glauben und hoffen, daß das Vergangene nicht wiederkehrt.“

Kalinin weist anschließend auf das Gesetz „Über die Gewissensfreiheit und die religiösen Organisationen“ hin, das am 1. Oktober 1990 in Kraft getreten ist. Dieses Gesetz stellt die Gläubigen und Atheisten gleich, gewährt den registrierten religiösen Organisationen den Status einer juristischen Person, gestattet Religionsunterricht, Besitz, gesellschaftliche Betätigung und verbietet dem Staat, religiöse Organisationen oder die Atheismuspropaganda zu finanzieren. Allerdings darf der Staat wissenschaftliche Untersuchungen finanzieren, die sich mit Religion oder Atheismus befassen. Auch sagt das Gesetz nichts darüber, ob zum Beispiel die Kommunistische Partei, die immer noch die meisten

Machtpositionen innehat, atheistische Propaganda betreiben darf. Dieses Gesetz ist ein für Sowjetbürger ungeheurer Fortschritt. Allerdings weiß der Sowjetbürger, daß die Verkündung eines Gesetzes noch lange nicht bedeutet, daß es auch eingehalten werden wird. Die Sowjetunion ist kein Rechtsstaat. Kalinin hat seine Bedenken in den Satz gekleidet: „Wir werden glauben und hoffen, daß ...“

Warum ist es überhaupt in der Sowjetunion dazu gekommen, daß die Religionsverfolgung aufgegeben wird? Immerhin gehört der Ausspruch von Marx „Religion ist Opium des Volkes“ in der Leninschen Version „Religion ist Opium für das Volk“ zur Kernlehre des Marxismus-Leninismus. Lenin hatte allerdings auch erklärt, daß die Bekämpfung der Religion zurücktreten müsse, wenn revolutionäre Veränderungen den Vorrang hätten.

Gorbatschow hatte 1987 (nicht 1985, als er die Perestroika begann) begriffen, daß er ohne breite Unterstützung „von unten“ eine Perestroika nicht verwirklichen konnte. Zu diesem „unten“ gehörten aber auch die 50 bis 70 Millionen Gläubigen. Ein zweiter Grund war, daß der „reale Sozialismus“ mit seiner Moral sowohl die Führenden als auch die Geführten verdorben hatte. Alexander Sinowjew, einst Professor für Philosophie in Moskau, stellte in seinem Buch „Die Macht des Unglaubens“ fest: „Ein System von Gemeinheit und Niedertracht, Lügen und Gewalt durchdringt das gesamte Leben der Gesellschaft von oben bis unten und in jeder Hinsicht.“ Inzwischen gibt man in der Sowjetunion offen zu, daß man von den Religionsgemeinschaften entscheidende Hilfen für die Wiederbelebung von Moral und Ethik erhofft.

Für die Perestroika brauchte Gorbatschow nicht nur das Vertrauen der eigenen Bevölkerung, sondern auch des Auslands. Solange je-

doch in der Sowjetunion dieses Menschenrecht mit Füßen getreten wurde, konnte Gorbatschow auch nur beschränkt mit dem Vertrauen des Auslands rechnen. Der Einmarsch in Afghanistan hatte die gesamte muslimische Welt aufgestört.

Im Verlauf der Perestroika zeigte sich ferner, welche Sprengkraft die Religion verbunden mit nationalen Forderungen haben konnte. Dies zeigte sich sowohl im katholischen Polen als auch in den asiatischen Republiken der Sowjetunion, die historisch zum Einflußbereich des Islam gehören. Schließlich geriet Gorbatschow in Zeitnot, weil 1988 das Millennium der Taufe der Kiewer Rus' bevorstand. Gewährte er dem Moskauer Patriarchat eine aufwendige Feier dieses Ereignisses, so konnte er auch auf die Unterstützung durch die größte Religionsgemeinschaft in der Sowjetunion hoffen.

1987 war erkennbar, daß die religionsfeindliche Agitation in den Massenmedien zurückgenommen und die verfassungsmäßigen Rechte der Religionsgemeinschaften und Gläubigen ernster genommen wurden. Als Gorbatschow am 29. April 1988 den Patriarchen Pimen empfing, versicherte er, daß „Perestroika, Demokratie, Glasnost“ ohne irgendwelche Einschränkungen auch für alle Gläubigen gelte. Damit war das Signal für alle gegeben, daß die Kirchen- und Religionspolitik neue Wege zu gehen habe. Die Formel: „Wir sitzen alle in einem Boot; wir müssen gemeinsam die schwierigen Aufgaben lösen“ wurde in vielen Varianten wiederholt.

Von nun an wurden den Religionsgemeinschaften – zuerst dem Moskauer Patriarchat, dann auch den anderen – Kirchen und Klöster zurückgegeben. Der Druck von Kirchenzeitungen wurden gestattet. Die religionsfeindliche Agitation verschwand völlig aus den Massenmedien. Nach langer Diskussion trat auch das bereits erwähnte Gesetz vom 1. Oktober 1990 in Kraft. Noch nicht gelöst ist das Problem der unierten katholischen Kirche in der Ukraine. Sie war – in einer unheiligen Zusammenarbeit zwischen Stalin und dem Moskauer Patriarchat – organisatorisch zerschlagen worden (1946). Zwar sind inzwischen Hunderte von unierten Gemeinden offiziell registriert worden, aber die offizielle Anerkennung der Kirche steht noch

aus. Das Moskauer Patriarchat stemmt sich dagegen, daß sich Kirchen und Gemeinden, die es nach 1946 vereinnahmt hatte, nun wieder der unierten Kirche angeschlossen haben.

Während in der Öffentlichkeit das Bild der Religionsgemeinschaften positive Züge bekam, fand die Atheismuspropaganda ihre Fluchtwege in Broschüren und Büchern. In den Streitkräften scheint sie kaum verändert worden zu sein. Die Broschüren und Bücher des Jahres 1988 kann man noch als eine Art „Überhang“ der vorherigen Periode bezeichnen. Wenn jedoch der Militärverlag 1989 die Broschüre von I. und S. Ischtschenko „Aus der Gefangenschaft des Aberglaubens. Notizen über die atheistische Erziehung der Soldaten“ herausbrachte, so war dies ein Signal. Mit Zähnen und Klauen möchten die verantwortlichen Militärs den Politunterricht und die Propagierung des Marxismus-Leninismus in den Streitkräften beibehalten.

In der Einleitung der Broschüre heißt es u. a.: „Die Klassiker des Marxismus-Leninismus haben die soziale Rolle der Religion als Dienerin der Ausbeuterklassen aufgedeckt, die das Bewußtsein der Volksmassen verdummt, sie in Netze unerfüllbarer Hoffnung einwickelt, die soziale Sklaverei, die Unkenntnis und das Dunkel der Werktätigen verewigt. W. I. Lenin brachte die Überwindung der Religion in ihrem untrennbaren Zusammenhang mit dem Klassenkampf des Proletariats in Gang, ausgerichtet auf die Liquidierung der Ausbeuterordnung, der Beseitigung der ökonomischen Sklaverei, und folgerichtig der sozialen Wurzeln der Religion.“

Ob der Strom jener Handreichungen abebben wird, der sich mit der atheistischen Erziehung von Schülern, Studenten, Jugendlichen befaßt, muß man noch abwarten. Kalinin zählt in seinem „Iswestija“-Artikel eine Reihe von Dissertationen zu diesem Thema auf, die 1989 verteidigt worden sind. Er stellt die Frage, wie lange noch diese mit staatlichen Geldern finanziert werden sollen. Er fordert, daß die Unterrichtsprogramme für 1992/93 für alle Lehrinrichtungen endgültig von diesem atheistischen Beiwerk befreit werden müssen. Das Gesetz über die Gewissensfreiheit verlange eine solche Säuberung.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß Gorbatschow Atheist ist. Immer wieder hat er

erklärt, er wolle zu Lenin zurückkehren, er wolle die sich an Lenin anschließende „Deformierung“ des Sozialismus überwinden. Folgerichtig wurde daher auch gesagt, man wolle zur Leninischen Religions- und Kirchenpolitik zurückkehren. Bis zum Frühjahr 1990 wurde in den sowjetischen Medien die Religionsverfolgung unter Stalin aufgegriffen und verurteilt, die Einleitung der Verfolgung durch Lenin jedoch verschwiegen.

1989 veröffentlichte der Verlag Progress einen Sammelband in russischer Sprache mit dem Doppeltitel: „Perestroika: Glasnost, Demokratie, Sozialismus. Auf dem Weg zur Gewissensfreiheit.“ (Der Progress-Verlag hat in der Vergangenheit viel fremdsprachige Literatur herausgebracht.) Dieser Band umfaßt 27 Beiträge von Atheisten, Gläubigen, Priestern, Bischöfen, auch von dem litauischen Kardinal V. Sladkevicius. Fast alle wichtigen Religionsgemeinschaften in der Sowjetunion sind darin vertreten, mit Ausnahme der unierten, der armenischen und der georgischen Kirche. Mit bemerkenswerter Offenheit schildern die Befragten die Verfolgung in der Vergangenheit und loben die positiven Veränderungen der Gegenwart. Die Herausgeber haben es jedoch fertiggebracht, die Verfolgung unter Lenin abzuschirmen. In dem Beitrag von W. Borschtschew wird zwar ausführlich auf die Drangsalierungen der orthodoxen Kirche in der Lenin-Zeit eingegangen, auch auf das Schicksal des Patriarchen Tichon, aber Lenins Anteil wird nicht erwähnt, sein Name wird nicht genannt.

Einige mutige orthodoxe Priester hatten schon seit Jahren gefordert, daß das Moskauer Patriarchat sich mit der Kirchenverfolgung unter Lenin befassen solle. Das Patriarchat hatte dies ängstlich und regimehörig vermieden. Im Herbst 1989 hat es den Patriarchen Tichon zusammen mit dem ersten Patriarchen der russisch-orthodoxen Kirche Iow (1589–1605) kanonisiert. Patriarch Tichon war unter Lenin drangsaliert, eingesperrt und terrorisiert worden. In der Ausgabe 4/90 des „Orthodoxen Lesehefts“ des Moskauer Patriarchats wird das Schicksal und das Martyrium des Patriarchen Tichon ausführlich dargestellt, ist von den Verfolgungen, dem Terror, der Grausamkeit des Staates und seiner Organe die Rede; der Name Le-

nin wird jedoch nicht genannt. Das kühnste Zitat aus dem Mund des Patriarchen lautet: „Ich habe geschrieben, von nun an bin ich nicht mehr ein Feind der Sowjetmacht, aber daß ich ihr Freund bin, habe ich nicht geschrieben.“

Im Frühjahr 1990 begann zuerst die Jugendzeitung „Sobesednik“ damit, dieses Thema aufzugreifen. Sie publizierte (Nr. 16/90) jenen Geheimbrief Lenins vom März 1922, in dem er die Liquidierung von möglichst vielen Geistlichen empfahl: „Je größer die Zahl der Vertreter der reaktionären Bourgeoisie und der reaktionären Geistlichkeit ist, die es uns gelingt, in diesem Zusammenhang zu erschießen, um so besser. Gerade jetzt muß man diesem Publikum eine Lehre geben, daß sie für einige Jahrzehnte nicht einmal mehr wagen, an Widerstand zu denken.“

Die ideologisch bedingte Schutzmauer für Lenin wird nur noch mit Mühe aufrechterhalten. Bereits sind in Städten und Dörfern der Sowjetunion Lenin-Denkmäler abgebaut worden. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann der Lenin-Mythos aufgelöst werden wird. Die Äußerung des Theaterleiters M. Sacharow zu Lenins Geburtstag im Jahr 1989 im sowjetischen Fernsehen, man solle den heidnischen Kult mit der Mumie Lenins beenden, ist nicht vergessen.

Gorbatschow ist ein ausgesprochener Pragmatiker. Aus seinen Reden und Veröffentlichungen läßt sich ohne besondere Schwierigkeit entnehmen, daß seine Kenntnisse über Sozialismus, Marxismus-Leninismus, über die Geschichte der Sowjetunion nicht über das Niveau der üblichen sowjetischen Hand- und Lehrbücher hinausgehen. So ist es auch zu erklären, daß er 1985 und 1986 die Perestroika nur im wirtschaftlichen Bereich angesetzt hat, damit von dort aus der Prozeß in allen Bereichen umgesetzt würde. Natürlich mußte Gorbatschow als Politbüromitglied wissen, daß der Glaube an den Sozialismus und den Marxismus-Leninismus im Schwinden war. Seit Breschnew wurden die Klagen hierüber ständig wiederholt und immer neue „Impulse“ zur Wiederbelebung gegeben. Als Gorbatschow Generalsekretär geworden war, hatte er offensichtlich keinerlei Vorstellung davon, wie rasch seine Forderungen und Initiativen die geltende Lehre fortschreitend aushöhlen würden.

Nachdem „Glasnost“ verkündet worden war,

zeigte sich der Sozialismus, der Marxismus-Leninismus als ein „König ohne Kleider“. Ver zweifelt quälen sich „Prawda“ und „Kommunist“ in den letzten Jahren damit ab, was denn nun eigentlich die Kriterien des Sozialismus seien, warum er nach wie vor notwendig sei. Die hauptamtlichen Philosophen kneten am Marxismus-Leninismus herum, um ihn in die jetzt erforderliche Form zu bringen. Wie und wo soll der überzeugte Materialist zum Beispiel die Religion unterbringen, von der man jetzt so viel erwartet?

1989 brachte der Moskauer Verlag für politische Literatur einen Sammelband „Abriß der Theorie des Sozialismus“ heraus. In 19 Kapiteln quälten sich darin lauter Akademiker – zumeist Philosophen – damit ab, den „Dogmatismus“ der Vergangenheit zu überwinden. Das einzig greifbare Ergebnis des Buchs ist, daß im Schlußwort gefordert wird, die verschiedenen Meinungen und Standpunkte müßten frei geäußert und diskutiert werden können. Der letzte Satz lautet: „Von diesem Gedanken geleitet, kann man reale Wege sehen, die zum Werden eines neuen Gesichts des Sozialismus führen, der seinerseits die kommunistische Perspektive näherrückt.“

Während früher ähnliche Handreichungen immer mindestens einen Abschnitt über die Religion enthielten, sucht man im „Abriß der Theorie des Sozialismus“ vergeblich danach. Man hat ganz einfach das Thema ausgelassen. Ob das auf Befehl von oben oder aus Unfähigkeit geschehen ist, läßt sich nicht sagen. Der sowjetische Atheismusfunktionär jedenfalls muß das Werk mit Verärgerung zur Seite legen. Wer hilft ihm in seiner Not?

Im gleichen Jahr 1989 erschien ein sowjetisch-französisches Gemeinschaftswerk „Versuch eines Wörterbuchs des neuen Denkens“ (so der russische Titel). Das Stichwort „Religion“ wird recht oberflächlich abgehandelt. Der sowjetische Mitarbeiter J. Lewada plädiert für einen Pluralismus und lehnt die „Sakralisierung“ der Macht und der Ideologie ab. Aber auch für ihn bleibt Religion ein soziologisch-philosophisches Phänomen, dem er nicht näher nachgeht.

Ende 1989 erschien ein von I. Frolow herausgebrachter Doppelband „Einführung in die Philosophie. Lehrbuch für höhere Lehranstalten“.

Der Herausgeber des Sammelwerks ist Politbüromitglied. Im Vorwort ist ein bemerkenswertes Eingeständnis zu finden: „Wie die Praxis zeigt, macht die Tatsache, daß wir von der Philosophie des Marxismus-Leninismus ausgehen, uns bei weitem nicht automatisch zu Besitzern der absoluten Wahrheit in jeder beliebigen Frage.“

Das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Köln) hat einen Bericht von A. Ignatow über dieses Werk unter dem Titel „Diamat und Eklektizismus. Die neue Fassung der Sowjetphilosophie“ (Bericht 11/91) veröffentlicht. Ignatow unterscheidet darin drei Gruppen von Autoren. Die eine Gruppe beharrt auf den alten marxistisch-leninistischen Dogmen. Die zweite Gruppe stellt neue Thesen auf, die mit den alten kompatibel sind. Die Thesen der dritten Gruppe schließlich sind mit dem Marxismus-Leninismus nicht mehr vereinbar. Die militante Religionsfeindlichkeit wird aufgegeben, auf das Prinzip der Parteilichkeit teilweise verzichtet. Ignatow stellt fest, „daß das Lehrbuch die Aufgabe der alten militanten Religionsfeindlichkeit einleitet“ und schreibt zum Abschluß seiner Untersuchung: „Vielleicht ist dieses Werk die letzte systematische Darstellung der bisherigen Doktrin, die die ‚geistige Waffe des Proletariates‘ zu sein beanspruchte.“

In seinem „Iswestija“-Artikel hat Kalinin darauf hingewiesen, daß das neue Religionsgesetz nahelegt, nun auch die ideologischen Institutionen zur Atheismusverbreitung aufzulösen. So solle das Institut für wissenschaftlichen Atheismus geschlossen werden, da es sich nicht zu einem „Zentrum des kulturellen Atheismus“ entwickelt habe, das das Recht des Menschen auf Gewissens- und Religionsfreiheit verkündet. Angesichts des Budgetdefizits der KPdSU könne man durch die Schließung dieses Instituts Geld sparen, das an anderer Stelle dringend benötigt werde. Nicht nur die Partei, sondern auch das Staatskomitee für Volksbildung der UdSSR zerbrechen sich den Kopf darüber, wo und wie sie jetzt die Berufsatheisten unterbringen können.

Eine wichtige Tatsache hat Kalinin in seinem Artikel nicht erwähnt: Alle 15 Unionsrepubliken haben sich für souverän erklärt, einige haben bereits eigene Gesetze erlassen, die nicht mit

den Gesetzen der Zentralmacht in Moskau über-
einstimmen. So existieren inzwischen – neben
dem Gesetz „Über die Freiheit des Gewissens
und der religiösen Organisationen“ für die ge-
samte Sowjetunion – drei weitere entsprechende
Gesetze in den Unionsrepubliken Lettland,
Rußland und Georgien. Das lettische Gesetz
sieht zum Beispiel Religionsunterricht auch in
staatlichen Lehranstalten vor, das sowjetische
Gesetz nicht. Der lettische Oberste Sowjet hatte

bereits am 1. März 1990 die Möglichkeit eines
Wehrersatzdienstes geschaffen. Das Gesetz der
RSFSR sieht ebenfalls einen Wehrersatzdienst
vor, das sowjetische Gesetz jedoch nicht. Das
Gesetz der RSFSR macht ferner klar, daß der
„Rat für religiöse Angelegenheiten beim Mini-
sterrat der UdSSR“ – also die Überwachungs-
behörde des Sowjetstaates – nicht mehr anerkannt
wird.

Paul Roth